

Präventionsprogramme

1. Berlin:

Von zivilgesellschaftlichen Präventionsträgern geleistete Präventionsarbeit wird in Berlin im Rahmen des 2016 begonnenen „Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention“ erbracht, das an die „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angebunden ist. Ein Schwerpunkt des Landesprogramms bilden Informations- und Aufklärungsveranstaltungen für Mädchen und junge Frauen in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Hierzu gehören folgende Projekte:

- „Die Freiheit, die ich meine“, Träger: „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.“;
- „MAXIMA“, Träger: „Violence Prevention Network (VPN) e.V.“.

Darüber hinaus werden Projekte gefördert, deren primärer Fokus nicht direkt auf die Zielgruppe Mädchen und Frauen ausgerichtet ist, aber mittelbar auch dazu gezählt werden. Dazu gehören folgende Projekte:

- „Interkulturelle Übergangsräume – Erweiterung von Kommunikations- und Interventionsmöglichkeiten in konflikträchtigen Gruppen“, Träger: „Institut für Kulturanalyse (IfK) e.V.“
- „Beratungsstelle KOMPASS – Toleranz statt Extremismus“, Träger: „Violence Prevention Network (VPN) e.V.“.

Einen weiteren Schwerpunkt des Landesprogramms bilden Projekte für Geflüchtete. Hierzu gehören folgende Projekte zivilgesellschaftlicher Präventionsträger:

- „AL-MANARA“, Träger: „Violence Prevention Network (VPN) e.V.“
- „Interkulturelle Übergangsräume – Erweiterung von Kommunikations- und Interventionsmöglichkeiten in konflikträchtigen Gruppen“, Träger: „Institut für Kulturanalyse (IfK) e.V.“
- „Konflikt-Abbau durch Beratung und Integrationsförderung für Flüchtlinge und Asylsuchende“, Träger: „Arabisches Kulturinstitut (AKI) e.V.“
- „Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge“, Träger: „Multikulturelles Jugend Integrationszentrum (MJI) e.V.“
- „ZwischenWelten“, Träger: „Gangway e.V.“

2. Baden-Württemberg:

Präventionsprogramme, die sich speziell mit radikalisierten Minderjährigen beschäftigen:

- „Inside Out“, Träger: „Stuttgarter Jugendhaus GmbH“. Inhalt: Fach- und Beratungsstelle; Erlebnis und Wildnispädagogik für Jugendliche; Fortbildung für Fachkräfte.

3. Bayern:

HEROES: Beim Projekt „HEROES“ handelt es sich um ein Präventionsprojekt, das sich in Bayern an derzeit vier Standorten gezielt gegen Unterdrückung im Namen der Ehre wendet und dazu beiträgt, patriarchale Rollenbilder zu überwinden. Hierzu setzen sich junge Männer aus Kulturen mit einem tradierten Ehrbegriff ein Jahr lang gezielt mit gleichstellungspolitischen Themen auseinander. Nach Ende des Projekts wirken die Jugendlichen selbst als Multiplikatoren (z.B. an Schulen), indem sie Workshops anbieten, in denen sie vor allem über Rollenspiele andere Jugendliche zum Thema „Ehrvorstellungen“ sensibilisieren. Kulturen und Generationen, die Übernahme sozialer Verantwortung und auch die Prävention gegen Radikalismus und Fundamentalismus sind Themenbereiche dieses bereits ausgezeichneten Projektes.

„ufuq.de“: Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) hat im Herbst 2015 eine landesweite Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung eingerichtet. Die Fachstelle in Trägerschaft des Vereins ufuq.de wird zu gleichen Teilen aus Bundes- und Landesmitteln finanziert. Sie setzt an, bevor sich junge Menschen von radikalen Predigern angezogen fühlen und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit Salafismus. Damit verfügt Bayern über einen beim StMAS angebotenen zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich der Primärprävention.

Die Fachstelle bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Beratungen und Fortbildungen im Themenfeld Islam, Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an. Neben Jugendeinrichtungen oder Jugendverbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder Behörden wie Justiz oder das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen im Rahmen der bestehenden Kapazitäten an die Fachstelle wenden. Diese breit angelegte Vernetzung wird angestrebt, um Fachkräfte, die in ganz verschiedenen Bereichen mit Jugendlichen arbeiten, zu erreichen und mit präventionsrelevanten Angeboten zu unterstützen.

Ab Anfang 2017 wird die Fachstelle neben der pädagogischen Unterstützung von Fachkräften schrittweise auch junge Teamerinnen und Teamer einsetzen, die dann im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten direkt mit Jugendlichen in Jugendeinrichtungen oder an Schulen arbeiten. Themenfelder der Workshops werden unter anderem sein: Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen.

4. Hessen:

Die Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus unter der Trägerschaft von Violence Prevention Network e. V. (VPN) bietet Maßnahmen an, die sich auch gezielt an radikalisierte Frauen richten. Hierfür hat der Träger eigens weibliche Mitarbeiter eingestellt, um den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern.

Darüber hinaus bietet die Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus Maßnahmen an, die sich in ihren Arbeitsschwerpunkten auch gezielt an Minderjährige/Jugendliche richten.

5. Hamburg:

In Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen der Stadt und ihrer Partner wird auf die besonderen Aspekte der Radikalisierung bei Frauen und Mädchen eingegangen.

- „Gruppenangebot für radikalisierte Mädchen“, Träger: „Legato und SCHURA Hamburg“. Inhalt: Mit theologischer und psychologischer Expertise soll eine Distanzierung von extremistischer Ideologie erreicht werden.
- „Partnerschaften für Demokratie in St. Georg“, Träger: „Ikm e.V.“. Inhalt: Stadtteilorientierter Gesprächskreis mit muslimischen und nicht muslimischen Frauen und Mädchen zur Werteorientierung in einer vielfältigen Gesellschaft.
- „Partnerschaften für Demokratie Billstedt/Mümmelmannsberg“, Träger: „Lass 1000 Steine rollen Mädchentreff“. Inhalt: Mädchen sollen zu identitätsbezogenen Themen arbeiten.
- „Peer-Projekt“, Träger: „Fachrat für Islamische Studien e.V.“. Inhalt: Bildungsangebot in der Kocatepe-Camii Moschee in Bergdorf für Mädchen und junge Frauen im Alter von 14-22 Jahren.

Grundsätzlich zielt das Angebot der Stadt Hamburg insbesondere auf stabile soziale Bindungen in Familie, Schule und Peergroup, da hierdurch die Resilienz von Kindern und Jugendlichen gegenüber extremistischer Agitation gestärkt wird.

Alle oben benannten Präventionsprojekte richten sich auch an Minderjährige oder stehen diesen offen.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wurden für die sozialpädagogischen Fach- und Führungskräfte die seit 2015 laufenden Fortbildungsseminare des Vereins „ufuq e.V.“ ab 2016 durch sozialraumspezifische Schulungen ergänzt. Hiermit wurden die Fachkräfte der Jugendhilfe, aber auch weitere Akteure eines Sozialraums angesprochen.

- „Jugendphase und Salafismus“, Träger: „Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz e.V.“. Inhalt: Fortbildung und Sensibilisierung für pädagogische Fachkräfte. Unterstützung von Einrichtungen bei Präventionsanliegen und Koordinierung von Arbeitskreisen.
- „Dialog macht Schule“, Träger: „Dialog macht Schule GmbH“. Inhalt: Gesprächskreise und Workshops in Schulen.

6. Mecklenburg-Vorpommern:

- „Berufsvorbereitungsjahr für Aussiedler (BVJA) – Projekt“, Träger: „Landeszentrale für politische Bildung“. Inhalt: Politische Bildungsarbeit für junge Geflüchtete.

7. Niedersachsen:

Unterschiedliche Ressorts sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten mit der Islamismus-/Salafismusprävention betraut: Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (Verfassungsschutz und LKA/Polizei), das Sozialministerium (mit der zivilgesellschaftlichen Beratungsstelle beRATen e.V.), das Justizministerium und der dort angesiedelte Landespräventionsrat sowie das Kultusministerium.

Die Beratungsstelle „beRATen e.V. – Verein für jugend- und familienpädagogische Beratung Niedersachsen“, bietet diesbezüglich eine systemische Umfeldberatung (Familien, Institutionen) an und wird über das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung finanziert. Des Weiteren ist in Niedersachsen das Aussteigerprogramm Islamismus „Aktion Neustart“ aktiv, das sich auch um den Ausstieg von Frauen aus der salafistischen Szene bemüht. Das Programm ist beim Niedersächsischen Verfassungsschutz angesiedelt, gehört also dem Ministerium für Inneres und Sport an. Darüber hinaus arbeitet in

Niedersachsen mit „Violence Prevention Network e.V. (VPN)“ ein zivilrechtlicher Akteur im Justizvollzug. Dieser wird vom Niedersächsischen Justizministerium finanziert. VPN unterbreitet inhaftierten Islamisten und Islamistinnen Gesprächsangebote.

Nicht zuletzt wurde im Januar 2014 die Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK) im LKA Niedersachsen gegründet, die sich unter anderem um die Sensibilisierung relevanter Zielgruppen aus Schule, Justiz, der Arbeit mit Geflüchteten etc. im Hinblick auf Salafismus kümmert und so mittelbar zu einer verbesserten Arbeit auch im Umgang mit Salafisten führt. Aus der PPMK wurde eine weitere Spezialisierung herausgebildet, als im Sommer 2016 die Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI) gegründet wurde, an der alle oben genannten Ressorts beteiligt sind. Der Niedersächsische Verfassungsschutz und das LKA Niedersachsen üben gemeinschaftlich die Geschäftsführung aus. Eines der Ziele der Arbeit von KIP NI besteht vor allem in einer verbesserten Koordinierung von präventiven Maßnahmen bei Radikalisierungsverdachtsfällen, unter denen sich auch viele Frauen und Mädchen befinden.

Darüber hinaus werden auch die Jugendämter der Städte und Kommunen als dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung nachgeordnete Institutionen diesbezüglich tätig. Die Jugendämter werden regelmäßig über das Mittel der „Jugendamtsberichte der Polizei“ (gem. Richtlinie des LKA Niedersachsen) über radikalisierte Kinder und Jugendliche informiert bzw. über Familien in Kenntnis gesetzt, in denen Kinder und Jugendliche leben, die der Indoktrination ihrer radikalisierten Eltern ausgesetzt sind.

8. Nordrhein-Westfalen:

In Nordrhein-Westfalen bestehen zwei staatliche Präventionsprogramme des Ministeriums des Inneren, die sich zum einen auch an Frauen und Mädchen sowie Minderjährige richten und zum anderen auch innerhalb der Programmstruktur einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf weibliche bzw. minderjährige Klientel legen:

„Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“

Das Präventionsprogramm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ hat als Zielgruppe u.a. auch die Frauen und junge weibliche Heranwachsende, die dabei sind, erste Kontakte zur salafistischen Szene zu entwickeln oder drohen, in den extremistischen Salafismus abzugleiten. Wegweiser-Betreuerinnen vor Ort, sichern, falls gewünscht oder förderlich, einen gleichgeschlechtlichen Zugang zu dieser Zielgruppe und erarbeiten bedarfsbezogene und individuelle Hilfestellungen, ggf. unter Einbindung weiterer Beratungsstellen.

Wegweiser richtet sich auch an Minderjährige, die dabei sind, erste Kontakte zur salafistischen Szene zu entwickeln oder drohen, in den extremistischen Salafismus abzugleiten. Wegweiser-Betreuer/-innen vor Ort, sichern Zugang zur Zielgruppe und erarbeiten bedarfsbezogene und individuelle Hilfestellungen. Bei Minderjährigen ist die Wegweiser-Beratung vor Ort immer vernetzt mit weiteren Beratungsstellen und bindet andere Beratungs- und Hilfesysteme in die weitere Arbeit mit dem Jugendlichen ein, falls dies aufgrund der Problemlage im Einzelfall erforderlich ist.

Das Programm bietet einen niedrighschwelligem Zugang und schafft besonderen Vertrauensraum auch für Minderjährige bzw. weibliche Familienmitglieder der Frauen und Mädchen, die dabei sind, sich zu radikalieren. Dabei werden auch entsprechende Hilfestellungen für das Umfeld der Betroffenen (z.B. Mütter und Schwestern bzw. Familie, Schule, Jugendämter) vor Ort geleistet.

In den letzten drei Jahren zeigen auch die Erfahrungen beim Wegweiser-Kontakttelefon des Ministeriums des Inneren, dass eine knappe Mehrheit der Kontakte von Frauen ausgeht und dass die Mehrheit der Anruferinnen und Anrufer Sachverhalte im Zusammenhang mit Jugendlichen oder Kindern betrafen. Mütter, Schwestern und Lehrerinnen suchen Rat und Hilfe für Söhne, Brüder oder Schüler. Darüber hinaus war insgesamt die hohe Nachfrage aus dem Bereich Schule auffällig.

Bei den in den Wegweiser-Anlaufstellen bisher betreuten 510 Personen, lag der Anteil der betreuten Mädchen und jungen Frauen bei knapp 20 Prozent. Von den aktuell im Programm Betreuten sind knapp 24 Prozent weiblich.

Von den bislang betreuten bzw. beratenen 510 Personen lag der Anteil Minderjähriger bei knapp 75 Prozent.

„Aussteigerprogramm Islamismus (API)“:

Das Ministerium des Inneren hat darüber hinaus sowohl für den Bereich des Islamismus als auch für den Bereich des Rechtsextremismus spezielle Aussteigerprogramme ins Leben gerufen. Beide Programme haben sich schon immer an Männer und Frauen gerichtet. Eine Evaluation des Aussteigerprogramms Rechtsextremismus (APR) im Jahr 2015 hat ergeben, dass die Wirkungsweise und der Erfolg sehr positiv zu bewerten seien. Insgesamt sind allerdings Frauen in beiden Programmen unterrepräsentiert.

Das Aussteigerprogramm richtet sich auch an Minderjährige, die fest in islamistischen Denk- und Aktionsstrukturen verankert sind und bei denen aufgrund der allgemeinen Erkenntnislage eine Bereitschaft für einen Ausstieg bestehen könnte. Insbesondere im Phänomenbereich Islamismus zeichnet sich der Trend hin zu einer immer früheren Radikalisierung ab.

Das Programm hat erste neue Konzepte und Maßnahmen entwickelt, um verstärkt betroffene Minderjährige zu erreichen und für einen Ausstieg zu gewinnen.

Seit dem Start im Oktober 2014 waren speziell im API insgesamt 19 von 119 Fällen (15,97 Prozent) weiblich und insgesamt 8 von 119 Fällen (6,72 Prozent) minderjährig. Aktuell sind von 45 derzeit bearbeiteten Personen 4 weiblich (8,89 Prozent) und 3 minderjährig (6,67 Prozent).